

me, die wir
us
hren durften,
Killgus.

ei

ster

Nachricht, daß
5. Oktober



kel)
ank kommt
Bierdepot
Tübingen.

en

dieses Blattes
Beschäftigung.

Säcke

zell, Fernsprecher
Nr. 44.

er,
öcke.

er-

Calmer Tagblatt

Nr. 232.

Erstausgabe: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pfg. Reklamen 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Dienstag, den 5. Oktober 1920.

95. Jahrgang.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Deutschland und Frankreich.

Die deutsch-französischen Besprechungen.

Berlin, 5. Okt. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt zu dem Besuch des Botschafters Mayer beim Ministerpräsidenten Leagues u. a.: Bei den in der Unterhaltung erwähnten deutsch-französischen Besprechungen handelt es sich um die Frage, ob vor einer internationalen Konferenz über die Wiedergutmachungen zweckmäßigerweise noch Erörterungen von Sachverhältnissen eingeschoben werden sollen. Hierfür hat die deutsche Regierung einen Vorschlag gemacht, über den die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Eine englische Stimme über die französische Politik.

Amsterdam, 4. Okt. Die „Standaard“ schreibt, daß Millerand beim Empfang des deutschen Botschafters Mayer schöne Worte über die Zusammenarbeit an den großen Werken des Friedens geredet habe. Schade, daß die französische Politik praktisch in eine ganz andere Bahn geleitet werde und von einer „Großen Friedensarbeit“ keine Rede sei. Die aggressive und deutschfeindliche Politik der jetzigen französischen Regierung bilde eine große Gefahr für die Wiederherstellung aufrichtiger freundschaftlicher Beziehungen zwischen Siegen und Besiegten und verhinde ein zweckentsprechendes Zusammenwirken zum Wiederaufbau des schwankenden Europas.

Eine Schweizer Stimme über die Notwendigkeit der Abänderung des Versailler Vertrags.

Bern, 4. Okt. In einem Leitartikel der „Baseler Nachrichten“ heißt es: „Noch immer spukt in den Köpfen vieler Franzosen die Vorstellung die deutsche Reparationssumme sei vorhanden. In Wirklichkeit kann Deutschland nur mit Arbeit zahlen.“ Der Verfasser führt den Vorlaut des Artikels 19 des Versailler Vertrags an und fährt fort: „Die Deutschen wurden, als sie sich über die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Vertrages schlüssig zu machen hatten, von Clemenceau auf die „Rettungsplanke“ hingewiesen, indem er namens der Alliierten in der Mantelnote vom 16. Juni 1919 ausdrücklich sagte: „Der Vertrag schafft gleichzeitig das Organ, das notwendig ist, um alle internationalen Probleme auf dem Wege der Aussprache gründlich zu lösen und die Mittel zu finden, das Reglement von 1919 von Zeit zu Zeit unter Anpassung an neue Tatsachen und neu entstehende Verhältnisse abzuändern.“ Wenn man sich gerade daran in Frankreich nicht gerne erinnert, so hat man in der übrigen Welt doch keinen Grund, den im Jahre 1919 als modifizierbar erklärten Versailler Vertrag sich im Jahre 1920 von Millerand als Grundgesetz Europas und der Welt aufzutrocknen zu lassen.“

* Artikel 19 des Versailler Vertrags besagt: Die Vermittlung des Völkerbundes kann von Zeit zu Zeit die Mitgliedstaaten des Bundes zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.

Nicht Verringerung sondern Verstärkung des Besetzungsheeres.

Berlin, 5. Okt. Aus Karlsruhe lassen sich verschiedene Morgenblätter mitteilen, daß die am 1. Oktober erwartete Reduzierung der Besetzungsheere im linksrheinischen Gebiet nicht eingetreten sei. In der Rheinpfalz seien vielmehr am 30. September neue schwarze Formationen eingetrückt, so in Neustadt, Kaiserslautern und Speyer.

Die französische Schandherrschaft im besetzten Gebiet.

Von der Zuchtlosigkeit der französischen Soldaten im besetzten Gebiet zeugt eine Bluttat in Oberingelheim. Dort wurde Kirchweih abgehalten. Der französische Ortskommandant hatte ausdrücklich seine Zustimmung dazu gegeben, daß aus diesem Anlaß eine mit französischer Einquartierung belegte Wirtschaft geräumt und für ein Tanzfest am Abend freigegeben wurde. Die französischen Mannschaften weigerten sich aber, das Lokal zu räumen, und es bedurfte erst der Vorstellungen des Bürgermeisters beim Ortskommandanten und dessen persönlichen Eingreifens. Ein französischer Soldat verließ befehlungslos den Saal und gab auf die durchaus höfliche Aufforderung, den Platz eines Herrn, den er unbefugt besetzt hatte, freizugeben, einen Signalschuß ab, wobei die Kugel durch die Decke des Saales schlug. Unmittelbar darauf setzte von außen her durch Gewehr und Läuren Gewehr- und Karabinerfeuer der französischen Mannschaften in den dichtgedrängten Saal ein. Es entstand ein furchtbarer Wirbelwind, alles suchte ins Freie zu flüchten, auch die 17-jährige Elisabeth K., die nur als Zuschauerin zu dem Tanzfest gekommen war. Kaum ins Freie gekommen, wurde das junge Mädchen von einem Karabinerschuß getroffen, der ihm die Lunge zerriss, worauf rasch der Tod durch Verblutung eintrat. Der

französische Schütze wurde verhaftet und abgeführt. Die Familie des unglücklichen Mädchens ist um so schwerer getroffen, als auch der Vater erst vor wenigen Wochen gestorben ist. Der Vorfall, der abermals ein grelles Licht auf die Zustände im besetzten Gebiet wirft, soll zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstag gemacht werden.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Brüssel, 5. Okt. Die Finanzkonferenz wird am Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die Ausschüsse arbeiten inzwischen in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschlüsse. Die Arbeiten der Ausschüsse für öffentliche Finanzen, Wechsel und internationalen Handel sollen bereits weit vorgeschritten sein. Eine ermächtigte Persönlichkeit bestätigt, daß die Formeln, die die drei Ausschüsse aufstellen würden, theoretischen Charakter haben und in keiner Weise die Urheber verpflichten würden. — Die Agentur Havas glaubt zu wissen, daß man den Völkerbund um seine Intervention bei den Regierungen zwecks Abbaus der Rüstungen gebeten habe. In dieser Angelegenheit werde in dem Ausschuss unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Celler noch verhandelt, sodaß man greifbare Ergebnisse erwarten dürfe. Die Notwendigkeit der Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus sei von der Konferenz anerkannt worden und man suche jetzt nach Modalitäten dieses Organismus. Es sei sehr wahrscheinlich, daß dieser der Einrichtung des Internationalen Arbeitsbureaus entsprechen werde, wie es in Genf tagte.

Für Handelsfreiheit.

Brüssel, 4. Okt. Der Ausschuss der Finanzkonferenz für den internationalen Handel hat eine Entschliessung für Handelsfreiheit fast einstimmig angenommen.

Der Krieg im Osten.

Polnische Frontmeldungen.

Königsberg i. Pr., 4. Okt. Vom polnischen Kriegsschauplatz wird vom 3. Okt. gemeldet: In der Nordfront überschritten die Polen nach Einnahme von Nowogrodek den Serwitisch-Fluß. Die Polen melben als zusammengefaßtes Ergebnis der erfolgreichen letzten Offensive auf der Linie Lemberg—Cholm—Brest-Litowsk und Bialystok seit Mitte September eine Gesamtzahl von 42 000 Kriegsgefangenen, 160 Geschützen, 550 Maschinengewehren, 80 Panzerautos, 2540 Waggons und zahlreichen anderen Kriegsmaterial. — Nach dem polnischen Heeresbericht vom 4. Okt. besetzten die Polen an der Nordfront Podlesie und Swojatsk, östlich von Baranowitsch. Die Polen melben zunehmende Panik und Zusammenhaltlosigkeit unter den bolschewistischen Truppen am Nordflügel.

Neue Hilfskräfte für Wrangel.

Charbin, 5. Okt. General Lechowicz, der den Oberbefehl über die allen ungruppierten Armeen Koltshals in Transbailanien übernommen hat, erklärte dem General Wrangel namens seiner Truppen telegraphisch, daß er sich ihm vollständig unterordne und ihn als Oberbefehlshaber anerkenne.

Der polnische Angriff auf Litauen.

Kowno, 4. Okt. (Lit. Tel.-Ag.) Die Polen überfielen mit einigen Divisionen, Artillerie und Kavallerie, die Litauer bei Szary und besetzten nach heftigem Widerstand den Bahnhof. Auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen.

Kowno, 4. Okt. Die Lit. Tel.-Ag. meldet: Bei den Verhandlungen in Suwalki verlangten die Polen eine Demarkationslinie westlich des Njemenflusses, die die Linie vom 8. September zu Ungunsten Litauens überschreitet. Außerdem verlangten sie die freie Benutzung der Eisenbahnlinie von Suwalki über Olita nach Orany. Die Litauer erklärten, diese Forderungen nicht annehmen zu können. Ohne das endgültige Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, griffen inzwischen die Polen mit starken Kräften Orany an, um auf diese Weise die litauische Delegation in Suwalki und die fünfgliedrige Kommission des Völkerbunds vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Dieser polnische Waffenstillstandsbruch bedeutet eine neue Verletzung der Entschliessung des Völkerbunds und ist ein neuer Beweis für die rücksichtslose Eroberungspolitik Polens gegenüber Litauen.

Ukrainische Erfolge gegen die Bolschewisten.

Bern, 4. Okt. Das Ukrainische Pressebureau teilt mit: Eine beiderseits des Flusses vorgehende ukrainische Armee-gruppe hat bei Ostopol den Hauptwiderstand des Feindes gebrochen. Die roten Truppen haben den Rückzug auf Verbitschew angetreten. Die sie verfolgenden ukrainischen Truppen haben Lubar erreicht.

Veränderte Haltung Englands gegenüber den Bolschewisten.

Paris, 4. Okt. Nach einer Meldung des „Temps“ aus London sollen Kontrakte, die Kräfte mit englischen Geschäftshäusern getätigt

hatte, annulliert worden sein. — Jetzt geht es den Bolschewisten schlecht, also werden sie aus England hinausgeworfen.

London, 4. Okt. (Havas.) Die „Times“ sagt, die russische Handelsdelegation hege wegen der Verzögerung des Abschlusses eines englisch-russischen Handelsvertrags gewisse Befürchtungen. Am 24. September wurde die Delegation benachrichtigt, daß ihr die Bedingungen eines Vertrags am 27. September mitgeteilt werden würden. Bisher sind sie ihr jedoch nicht zugegangen. Die Delegation mißt diese Verzögerung einer der folgenden Ursachen bei: 1. den Gerüchten, die über eine antibolschewistische Bewegung in Rußland umgehen, 2. der Tatsache, daß zwar die Bolschewisten im Prinzip der Begleichung gewisser Schulden, nicht aber den Forderungen der Banken und anderer großer Finanzinstitute zugestimmt haben. Diese letztere Ursache steht dem Abschluß eines Übereinkommens vielleicht am meisten im Wege. Die Russen schlagen vor, eine eigene Bank in London zu errichten, falls das Übereinkommen unterzeichnet wird.

Englische Verbindung mit Wrangel.

London, 4. Okt. Der „Manchester Guardian“ berichtet: Das ehemalige sozialistische Mitglied der ersten Duma, Madyn, ist in London mit einem Auftrag des Generals Wrangel angekommen.

Ein türkisch-bolschewistischer Angriff auf Armenien

London, 2. Okt. Die „Times“ melden aus Konstantinopel: Den letzten Berichten aus Transkaukasien zufolge scheint ein Angriff auf Armenien begonnen zu haben. Eine türkische Streitmacht hat Oltu angegriffen. Die Bolschewisten, die den Friedensvertrag mit Armenien noch nicht anerkannt haben, senden Truppen nach der neutralen Zone bei Benezur und in Richtung auf Karamliu, 30 Meilen von Erivan. Die armenische sozialistische Partei hat einen Appell an die Sozialdemokraten von Europa und Amerika gerichtet, in dem sie gegen diese Aktion und gegen die Politik der Moskauer Regierung Einspruch erhebt.

Amsterdam, 4. Okt. Einer „Times“-Meldung aus Konstantinopel zufolge bestätigt es sich, daß Krim Karabekir Paschas reguläre Truppen in Stärke von 15- bis 20 000 Mann die armenische Grenze überschritten und Oltu genommen haben. In Armenien herrsche große Erregung. Die Regierung von Erivan kann den Eindringlingen von ihrer 40 000 Mann zählenden Truppenmacht kaum die Hälfte entgegenstellen, um die Nordost- und Südostgrenze des Landes nicht zu entblößen.

Die indische Unabhängigkeitsbewegung.

London, 4. Okt. Havas meldet: Der „Times“ wird unter dem 2. Oktober aus Kalkutta gemeldet: „Sehr ernsthafte Unruhen sind im Distrikt von Pathampur in der Provinz Affam ausgebrochen, wo die eingeborenen Beamten der Teeplantagen in den Streik getreten sind und eine Lohnerhöhung verlangen. Sie griffen fünf Europäer an und schlugen sie nieder. Zahlreiche Lager einheimischer Tees wurden geplündert. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Die Arbeit wurde nicht aufgenommen und die Unruhen dehnen sich weiter aus.“

London, 4. Okt. Aus Bombay wird lt. „Stuttg. Neues Tagbl.“ gemeldet: Seit einiger Zeit ist die Lage in Indien sehr beunruhigend: Da die Gasarbeiter streiken, liegt die Stadt Bombay nachts im Dunkeln. Die Post- und Telegraphenangestellten verharren seit mehreren Wochen im Streik. Das ganze Geschäftslieben stockt, überall brechen Unruhen aus. Angesichts der Verschlimmerung der Lage wurden Truppen aufboten. — Wir haben den Beschluß der indischen Nationalisten, durch Streiks usw. den Kampf gegen die englische Herrschaft aufzunehmen, seinerzeit gemeldet.

Zur äußeren Lage.

Am die Genfer Konferenz.

Haag, 4. Okt. Maffyngham, der Londoner Korrespondent der Haag'schen Post, telegraphiert, daß von einem Aufgeben der Genfer Konferenz noch keine Rede sei. Die englischen Zeitungen halten noch immer an diesem Gedanken fest. Er bildet augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen der englischen und der französischen Regierung.

Die österreichische Anschlussfrage.

Wien, 3. Okt. Wie eine Zeitungskorrespondenz meldet, erklärte Staatssekretär Dr. Mayr in einer in Fulnet abgehaltenen Versammlung bezüglich der Anschlussfrage, daß dies eine Lebensfrage für Oesterreich sei und daß der Anschluß doch endlich in irgend einer Weise, ob politisch oder wirtschaftlich, zustande kommen müsse. Der Eintritt Oesterreichs in eine Donau-föderation sei ein Unding und er glaube, daß auch die Entente diese Pläne bereits fallen gelassen habe.

Wien, 5. Okt. Die „Völkerbunds-korrespondenz“ meldet, daß dem Präsidenten der Reparationskommission ein Gutachten der öster-

reichlichen Völkerbundliga über die am meisten revisionsbedürftigen Punkte des Friedensvertrags von St. Germain überreicht worden ist.

Die machtlose Entente-Kommission in Kärnten.

Klagenfurt, 5. Okt. Der österreichische Regierungsvertreter, Distriktskommissar Dr. Kallenegger, auf den schon zweimal von der südslawischen Prügelgarde ein Ueberfall verübt worden ist, ist von dem Vorsitzenden der interalliierten Plebiszit-Kommission aufgefordert worden, seine Distriktsreisen einzustellen, da sein Leben dadurch gefährdet würde und die Kommission keinerlei Bürgschaft übernehmen könne. — Wenn es sich um Deutsche handelt, die geschützt werden sollen, ist die Entente immer machtlos.

Wilson für den Völkerbund.

Washington, 4. Okt. (Reuter.) In seinem Aufruf an die Amerikaner anlässlich der bevorstehenden Präsidentenwahl fordert Wilson zur Unterstützung des Völkerbundes auf und erklärt die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten auf Grund des Art. 10 der Völkerbundverträge von anderen Nationen zu einem Krieg genötigt werden könnten, für vollständig unrichtig. Nichts, was in den Völkerbundverträgen steht, hindere den Kongress, einen Krieg zu erklären oder nicht zu erklären. — Ob die Amerikaner bald Krieg führen wollen?!

Ausland.

Ein neutrales Urteil über das Ergebnis der französischen Sozialisten-Tagung.

Paris, 4. Okt. Der „Nieuwe Courant“ bemerkt zu den Ergebnissen des Kongresses in Deleans, daß es immer deutlicher zutage trete, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder Westeuropas vom revolutionären Sozialismus sich abwenden. Von Kommunismus sei wenig unter den Arbeitern zu spüren, wie sehr man auch mit ihm kokettiere.

Eine geheimnisvolle Goldschiebung.

Berlin, 5. Okt. Einem Pariser Telegramm des „Berliner Lokalanzeigers“ zufolge hatte der im Hafen von Boulogne eingetroffene Danziger Frachtdampfer „Beitel“ 5000 Kilogramm Goldwaren an Bord im Werte von etwa 48 Millionen Franken. Diese Ladung wurde in Reval gelöscht und das Gold wurde sofort nach Lyon versandt. Es ist unbekannt, für wessen Rechnung dieser Transport stattgefunden hat. — Vielleicht handelt es sich um bolschewistische Propagandamittel.

Der Freiheitskampf der Iren.

London, 4. Okt. In der Nacht zum 3. ds. Mts. ist es in Cork wiederholt zu Angriffen auf Polizeipatrouillen gekommen. Ein Polizeibeamter wurde getötet und vier verletzt. — Ähnliche Nachrichten kommen aus Dublin und Fench. In Fench wird die Polizeistation von den Sinn-Feinern belagert. In der Grafschaft Cork ist ein Zug angehalten und Militärmaterial aus ihm geraubt worden.

Bermischtes.

Militaristische Jugenderziehung.

dpk. Von einem Friedensfreund wird uns geschrieben: Eben gehe ich an einem Schulhaus vorbei — um nicht als Denunziant zu erscheinen, verschweige ich rüchichtsvooll Namen und Ort — und höre bei offenem Fenster (!!!) das Lied „Mit dem Pfeil, dem Bogen“ singen. Ich bin entrüstet über diesen Lehrer, der unserer harmlosen Jugend nichts Besseres zu bieten weiß und der offenbar zu den alleralldeutschen Hehern gehört, die unser von diesen Säbeltrählern zugrunde gerichtetes unglückliches Vaterland noch tiefer ins Elend treiben wollen. Wie kann der Mann ein Lied singen lassen von jenem völkerverhehrenden Schiller, der gesagt hat: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen!“, als ob unser Herz nicht für die ganze Menschheit und besonders, da wir doch keine Heiden, sondern Christen sind, in erster Linie für unsere Feinde glühen sollte! Aber dieser unlogische Dichterkling, der ja an anderer Stelle sagt: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt“ — ein, abgesehen von seiner Unsittlichkeit (denn man darf doch nicht alle Mädchen küssen!), recht schönes Wort — dieser schillernde Jugendverführer — man denke nur an seine „Räuber“ und „Schlimmeres!“ — ist doch nicht geeignet, unseren Kindern als Vorbild zu dienen! „Mit dem Pfeil, dem Bogen“ — so etwas singt man jetzt, wo doch alle Waffen bei strengster Strafe abgeliefert werden müssen! — „Kommt der Schütz gezogen“ — der „Schütz“ — dieses Wort kommt doch von „schießen“! Aber nicht nur das; sogar die Verfassung wird angegriffen und die gut republikanische Gesinnung der Kinder gefährdet. „Wie im Reich der Lüfte König ist der Weis“ — also eine Verherrlichung des monarchistischen Gedankens in einer öffentlichen Schule nach dem 9. November 1918! — unerhört! — „Durch Gebirg und Klüfte herrscht der Schütz frei“ — also die freie Herrschaft des Militarismus wird hier im Lied verherrlicht, und das heute, wo es unsere vornehmste Pflicht ist, abzurufen! Es ist die höchste Zeit, daß endlich einmal eine gründliche Reinigung aller Schulbücher vorgenommen wird und daß alle aufreizenden militaristischen, monarchistischen u. a. volksverderblichen Anspielungen daraus verschwinden. Wir haben doch so viele schöne pazifistische Sachen, wie z. B. „Guter Mond, du gehst so stille“, „Die Blümlein ke schlafen“ usw., daß wird so blutgierige Lieber wie „Mit dem Pfeil, dem Bogen“, „Wer will unter die Soldaten“ u. a. leicht entbehren können. — Die Feinde machen es uns totlicher nach!!

Ein Jahr „Trockenlegung“.

Amerika kann in diesen Tagen das Jahresjubiläum seiner Trockenlegung feiern. Soweit wir auf Grund der vielen Berichte über die Wirkungen des Alkoholverbotgesetzes in volkswirtschaftlicher, sozialhygienischer und moralischer Beziehung zu Schlußfolgerungen berechtigt sind, können wir es heute schon als ein vollkommen verfehltes Experiment ansehen, schon deshalb, weil es das Land in einen Zustand fieberhafter Unruhe

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist ausgebrochen in Obermutschelbach und Langenalb, Bezirksamts Pforzheim.
Calw, den 2. Oktober 1920.

Die Seuche ist ausgebrochen in Oberchwandgrf, D.-A. Nagold, Gültstein, D.-A. Herrenberg, Lehningen, Bezirksamts Pforzheim.
Calw, den 4. Oktober 1920.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

und leidenschaftlicher Parteikämpfe gestürzt hat. Wie tief das Alkoholverbot in alle Lebensverhältnisse des amerikanischen Volkes eingegriffen hat, geht allein aus dem Umstand hervor, daß die bevorstehende Präsidentenwahl sich zu einem Kampfe zwischen den „Massen und den Trocken“ zugespitzt hat. Die alten Parteigrenzen, ob Demokrat oder Republikaner, gehen darüber vollkommen in die Brüche, auch die Fragen des Völkerbundes und des Friedensschlusses treten neben der Alkoholverbotfrage in den Hintergrund. Bryan, der ewige Präsidentschaftskandidat, will dem amerikanischen Volke den Alkoholgenuß in jeder Form für alle Zeiten verpönnen. Cox, der zuletzt ernannte demokratische Präsidentschaftskandidat, hat sich in dieser Beziehung nicht festgelegt, doch läßt er durchblicken, daß er in der Alkoholverbotfrage zu einem Kompromiß zu haben ist. Der zukünftige Präsident, sei er Republikaner oder Demokrat, wird nicht umhin können, das Verbotgesetz zu mildern und Getränke von geringem Alkoholgehalt, in erster Linie das auch in Amerika zu einem Volksgetränk gewordene Lagerbier freizugeben. Schon heute haben die Legislaturen verschiedener Bundesstaaten eine wesentliche Milderung der Ausführungsbestimmungen des Verbotgesetzes in ihrem Machtbereich durchgeführt. Zweifellos wird aber, wie auch die Wahl ausfallen möge, der Fuzel aus dem Gebiet der Vereinigten Staaten verbannt bleiben. Das wäre das einzig erfreuliche Resultat der Antialkoholbewegung, die im übrigen weit über das Ziel hinausgeschießt, indem sie die gänzliche Enthaltensamkeit vom Alkohol durch das Gesetz erzwingen will und dadurch einen unerhörten Druck auf die Lebensführung und das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ausübt.

Die Valutafrage.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Eine Frage, die uns erst der Krieg und erst recht seine Folgezeit gebracht haben, ist die Valutafrage, das Schmerzenskind aller unserer Wirtschaftspolitik; manche von ihnen wollen in ihr sogar das Alpha und Omega unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung sehen.

Was ist aber nun Valuta? Von Valuta redet heutzutage jeder. In tausend Fällen spricht der Aneingeweihte von Valuta und in mehr als 900 Fällen weiß der Betroffene nicht, was Valuta ist. Die Valuta zeigt uns den Wert unseres Geldes im Auslande an. Mit andern Worten: Der Stand der Valuta sagt Dir, wieviel Gulden Du in Holland, oder wieviel Franken Du in der Schweiz für 100 Reichsmark bekommst. — Aus der Schule weißt Du noch, daß der schweizerische und der französische Franken 81 Pfennig, der holländische Gulden 1,68 Mark wert war, wogegen ein englisches Pfund, d. h. 20 Schillinge, 20,40 Mark kostete. Vor dem Kriege, in Zeiten friedlicher wirtschaftlicher Entwicklung haben diese Zahlen, der Fachmann nennt sie Kurse, stets nur ganz kleine Abweichungen erfahren, die bald wieder ausgeglichen wurden. Heute ist das ganz anders geworden. Kommt Du heute mit 100 Mark nach Zürich — bis Du in Zürich bist, hast Du natürlich schon einige hundert Mark verbraucht — und willst diese dort an einer Bank verlaufen, so kriegst Du dafür nicht mehr wie früher 123 Franken, sondern Du müßt froh sein, wenn Dir der schweizer Bankier 13 bis 15 Franken — ja heute nur mehr 7 Franken — dafür gibt und es gab im letzten Jahr Zeiten, wo man Dir für den schönsten blauen Lappen in Zürich nur 5 Franken und noch weniger gab. In Holland und bei den übrigen Neutralen, wie auch bei unsern früheren Feinden liegt die Sache ähnlich. Und was bedeutet das nun? Unser deutsches Geld hat dem ausländischen Geld gegenüber nur noch einen Bruchteil des Wertes von früher. Und wie kommt das?

Die Hundert- und Tausendmarkscheine sind doch aus demselben Papier gemacht wie früher, abgesehen von einem gewissen kleinen Stempel sehen sie doch auf den ersten Blick genau so aus wie früher und selbst die schmierigen Darlehenskassenscheine zu 1, 2, 5, 20 und 50 Mark, mit denen wir uns täglich herumärgern müssen, haben doch wenigstens im inländischen Verkehr noch den Wert, der ihnen aufgedruckt ist. Warum rückt nun ausländische Bankier für einen Tausendmarkschein keine 1200 Franken oder 600 Gulden mehr heraus? Dafür gibt es zwei Gründe: 1. er hat zuviel davon, 2. er hat zu den Papierfehen kein Vertrauen mehr.

Zu 1. er hat zuviel: die deutschen Banknoten und neben den Noten die Wechsel, die in Deutschland zahlbar sind, sammeln sich bei ihm in derartigen Mengen an, daß er keine Verwendung dafür hat. Und es ist ja eine alte Sache: Dinge, die im Ueberfluß da sind, sind verhältnismäßig billiger als Dinge, die knapp sind. Also der ausländische Bankier hat zuviel deutsche Banknoten. Sie sind die Bezahlung für all das, was wir vom Auslande jetzt nach dem Krieg beziehen, wobei große Mengen der verbrauchten englischen und amerikanischen Zigaretten, riesige Quantitäten ausländischer Schokolade und zahlreiche überflüssige Luxusartikel leider Gottes eine sehr große Rolle spielen. Mit riesigen Summen müssen wir natürlich auch die ausländischen Nahrungsmittel und Rohstoffe für unsere Industrien bezahlen. Nun wirst Du einwenden: „das war doch früher auch schon so! und da muß ich Dir völlig recht geben. Aber früher konnte dann auch der Ausländer für das deutsche Geld, mit dem seine Waren bezahlt worden waren, andere

Waren in Deutschland kaufen, in erster Linie Industrieprodukte, die Deutschlands ausgedehnte und hervorragende tüchtige Industrie hervorbrachte. Jetzt ist das letztere nicht mehr der Fall: Arbeitslose, wilde Streiks und nicht zuletzt (aber vielmehr hauptsächlich!) auch das Schmachdokument von Versailles haben es dahin kommen lassen, daß auf vielen Gebieten die deutsche Industrie nur noch knapp den Inlandsmarkt versorgen kann, und daß Ausfuhrverbote erlassen werden müßten, damit wir uns zunächst selbst wieder einmal das Notwendigste beschaffen könnten. Nun sitzt der ausländische Bankier mit seinem deutschen Geld da und kann sich in Deutschland nichts dafür kaufen. Im Auslande gibt ihm erst recht keiner etwas dafür, keiner will es haben, und so verliert es an Wert auch für ihn.

Zu 2. Er hat kein Vertrauen mehr. Das Ausland kann kein Vertrauen mehr zu unserm Geld haben. Warum nicht? Früher stand auf den Banknoten, daß die Reichsbank dem Einlieferer ohne Legitimationsprüfung den aufgedruckten Betrag in Gold ausbezahle. Das ist heute nicht mehr der Fall. Während des Krieges und erst recht nach der Revolution mußten wir das Gold, das in Deutschland war, der Reichsbank überlassen, damit es zur gesetzlichen Deckung der stets anwachsenden Summe ausgegebener Reichsbanknoten diene. Wäre das Gold im freien Verkehr geblieben, so wäre es bald ins feindliche Ausland geflossen und wir hätten für unsere Reichsbanknoten gar keine Sicherheit mehr gehabt. Der Ausländer hat also nicht mehr die Möglichkeit, die deutschen Noten in Gold, das ja allgemein anerkanntes internationales Zahlungsmittel ist und überall in der ganzen Welt den gleichen Wert hat, umzuwechseln. Ob er jemals in die Lage kommen wird, für seine Noten von der Reichsbank wieder Gold zu bekommen, muß ihm bei der heutigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands zweifelhaft erscheinen. Und schließlich droht auch noch immer das Gespenst des Staatsbankrotts im Hintergrund und in dem Falle könnte er dann mit dem deutschen Geld seine Hände tapezieren. Die unsichere Lage in ganz Europa und die höchst zweifelhafte Lage Deutschlands ganz besonders veranlassen daher die Ausländer, den Wert des deutschen Papiergeldes, das sie im Besitz haben, niedrig anzusetzen und aus den Wertschätzungen der einzelnen ergibt sich dann die gemeinsame Wertschätzung des ganzen Landes, die durch den Kurs der deutschen Mark in dem betreffenden fremden Lande ausgedrückt wird.

Ein schlechter Stand der Valuta macht also alle Waren, die wir aus dem Auslande beziehen müssen, so außerordentlich teuer, weil wir so große Marktbeträge dafür hingeben müssen. Unser Bestreben muß es daher sein, wenn wir auch auf diesem Gebiete zu dem so sehnlichst erwarteten und immer wieder angekündigten Preisabbau gelangen wollen, darauf hinzuwirken, daß unsere deutsche Mark im Auslande wieder etwas gilt, mit andern Worten, daß die Valuta steigt. Und das können wir in aller erster Linie dadurch, daß wir durch Fleiß und Arbeitssamkeit die Erzeugungsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft wieder stärken, damit wir hochwertige Industrieprodukte auch ins Ausland liefern können und daß wir auf der andern Seite den Verbrauch unnötiger Auslandswaren möglichst gänzlich einstellen.

N. Tr. in T.

Deutschland.

Besprechung der einzelstaatlichen Ernährungsminister.

Berlin, 2. Okt. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat am Freitag eine Besprechung mit den Ernährungsministern der Länder stattgefunden, bei der die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Fragen der Ernährungswirtschaft einer besonderen Erörterung unterzogen wurden, namentlich die Brotgetreidewirtschaft und die Kartoffelverförmung. Der Wunsch nach einer Erhöhung der Brottration wurde durchaus verständlich und berechtigt anerkannt. Zugleich wurde aber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Erhöhung durchzuführen. — Hingegen fand die Anregung lebhaftige Zustimmung, die in Aussicht gestellte Ration des gering ausgemahlten Kochmehls von 125 Gramm auf 150 Gramm wöchentlicher zu erhöhen. — Als ein Hauptmittel für Sicherstellung der Brotverförmung wurde immer wieder auf eine verstärkte Anlieferung der einheimischen Landwirte und auf eine schärfere Erfassung hingewiesen. — Der Stand der Kartoffelverförmung wurde von verschiedenen Vertretern der Länder wesentlich günstiger beurteilt, als das heute in der Öffentlichkeit geschieht, und zwar führte zu einer günstigeren Auffassung die Tatsache, daß die Kartoffelernte nach den eintommenden Nachrichten eine gute Mittelernte ist, und daß durch den Beschluß vom 29. September eine Einigung zwischen den Organisationen der Erzeuger sowie der Städte und Gewerkschaften über die Niederhaltung der Preise zustande gekommen ist. Aus verschiedenen Landesteilen wurde berichtet, daß zwischen Verbrauchern und Erzeugern unter Führung der Provinzial- und Landesbehörden ein Uebereinkommen getroffen worden sei, wonach pro Hektar eine bestimmte Anzahl von Zentnern Kartoffeln zu einem Preise von 20 Mark und darunter für schlecht gestellte Familien, namentlich auch Kriegserwitwen, zur Verfügung gestellt würde. Es wurde angeregt, diesem Beispiel in größerem Umfange zu folgen. — In der Besprechung der Milchzeugung wurde darauf hingewiesen, daß der zurzeit vom Reich festgesetzte Höchstpreis von 1,25 Mark nicht heraufgesetzt werden könne.

Kartoffeldemonstrationszüge in der Pfalz.

Berlin, 5. Okt. Wie der „Berliner Lok.-Anz.“ aus Mannheim meldet, veranstalteten die Gewerkschaften in der ganzen Pfalz wegen der Kartoffelpreise Demonstrationen nach den Dörfern. Die Demonstranten forderten Festsetzung des Kartoffelpreises auf 20 Mark, während die Landwirte 25 Mark verlangten. Die Vertreter der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft sagten zu, im Sinne der Demonstrationen mit den Bauern verhandeln zu wollen.

Industrieerzeugnisse, und tüchtige Industrie mehr der Fall; (oder vielmehr nachfolgend von sich auf vielen Gebieten Inlandsmarkt erlassen werden einmal das Notausländische Bank in Deutschland n erst recht keiner rtiert es an Wert

as Ausland kann. Warum nicht? hsbant dem Ein- ruckten Betrag in er Fall. Während ition mußten wir abant überlassen, gghenden Summe as Gold im freien liche Ausland ge- knoten gar keine t also nicht mehr t das ja allgemein ist und überall in mzuwecheln. Ob ne Noten von der ihm bei der heu- felhaft erscheinen. ipenst des Staats- e könnte er dann en. Die unfinstere afte Lage Deutsch- Ausländer, den im Besitz haben, in der einzelnen ung des ganzen ark in dem be-

o alle Waren, die o außerordentlich hingen müssen. r auch auf diesem d immer wieder darauf hinzuwir- wieder etwas gilt. Und das können durch Fleiß und e deutschen Wirt- Industrieerzeugnisse r auf der andern en möglichst gänz- N. Tr. in I.

Ernährungs-

u für Ernährung pprehung mit den den, bei der die der Ernährungs- rzeugen wurden, e Kartoffelverfor- r Protration anerkannt. Zu hingewiesen, die die Anregung leb- ration des gering n auf 150 Gramm mittel für Sicher- wieder auf eine nischen Landwirte gewiesen. — Der de von verschiede- ger beurteilt, als d zwar führte zu daß die Kartoffel- e gute Mittelm- m 29. September er Erzeuger sowie iederhaltung r verschiedenen Lan- rbrauchern und Er- d Landesbehörden onach pro Hektar offeln zu einem ht gestellte Fami- rfügung gestellt in größerem Um- M ilch erzeugung vom Reich zuge- reraufgesetzt werden

der Pfalz. 13." aus Mannheim ganzen Pfalz wegen Dörfern. Die De- reises auf 20 Mark, Die Vertreter der im Sinne der De- en.

Die Zahl der Erwerbslosen im Reich.

Berlin, 4. Okt. Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. September 1920 305 898, der weiblichen Erwerbslosen 97 483, also insgesamt 403 381 gegenüber 414 716 am 1. Sept. und 411 615 am 15. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373 999 Familienangehörige, die als Zuschlags- empfangener unterstellt werden. Ihre Zahl betrug am 1. Sept. 386 935. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stand vom 4. August ds. Js.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. Oktober 1920.
Personalveränderungen im alten Heer.
Den Charakter als Leutnant haben erhalten der Vizefeldwebel d. R. a. D. Karl Rathfelder und der Vizefeldwebel d. L. a. D. Eugen Mahler, der Brigadewachmeister a. D. und Offiziersaspirant Otto Bözgenhardt, und der Feldwebel d. L. a. D. Johannes H u f, sämtliche von Calw.

Geistliche Abendandacht.

* Einen erbauenden Genuß bot am Sonntag nachmittag die Veranstaltung einer geistlichen Abendandacht in der ev. Stadtkirche, an der die Herren Sattler-München, Arne van G o e s - Stuttgart und Hauptlehrer Pfommer-Calw mitwirkten. Die beiden Sänger trugen in einfacher, schlichter Form aber mit warmem Empfinden eine Reihe geistlicher Lieder unserer besten Komponisten vor, die gerade in ihrer ungekünstelten, natürlichen Vortragweise innig und erhebend wirkten. Die Sänger verfügten über geschulte Stimmen; der Bass des Herrn Sattler ist voll, weich und abgerundet, Herr G o e s besitzt einen ansprechenden Tenor, dessen Klangwirkung sich bei Vermeidung zu starker Resonanzen noch reiner gestalten würde. Besonders eindrucksvoll sang Herr Sattler u. a. das glaubensstarke Pax vobiscum von Schubert und zum Schluß das „Waterluser“ von Krebs, während die liebliche Kantate Nr. 53 von Bach und das „Gebet“ von Hugo Wolf neben anderen von Herrn G o e s empfindungsvoll vorgetragen wurde. Herr Pfommer, der sämtliche Vorträge auf der Orgel mit feiner Einfühlung begleitete, trug auch das flüchtige Präludium mit der anschließenden kraftvollen Fuge in C-moll von Bach sowie das stimmungsvolle Largo appassionato von Beethoven technisch wie musikalisch gleich musterhaft vor. Herr Stadtpfarrer Schmidt ergänzte die Andacht durch Vorlesung von Psalmen.

Bezirksverein der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten.

Am Samstag den 2. Oktober tagte im „Ader“ hier der Bezirksverein der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten, um u. a. einen Vortrag des Verwaltungssachverständigen Hilligardt in Leinach über das Reichsnotopfergesetz entgegenzunehmen. Der Referent verbreitete sich eingehend über das Reichsnotopfergesetz vom 31. Dezember 1919 und nannte dasselbe das umstrittenste aller Steuererlasse, dem im Zusammenhang mit den Besitz-, Vermögenszuwachs- und Erbschaftsteuergesetzen mehr der Charakter einer Vermögensentziehung, als einer Vermögensbesteuerung zukomme. Der Vortragende betonte ferner die in den gesetzlichen Bestimmungen über die Feststellung des Grundvermögens. Der Bewertung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes ist nämlich der Ertragswert zu Grunde zu legen, sofern der Landwirt nicht den Antrag auf die Heranziehung des Verkaufswertes stellt. Als Ertragswert wird das zwanzigfache des Reinertrags der Jahre 1914-19 angenommen, wobei die in der eigenen Wirtschaft verbrauchten Erzeugnisse nicht abgerechnet werden dürfen. Die Feststellung dieses Ertragswertes ist schon für buchführende Landwirte nicht einfach, umso schwieriger ist sie für nichtbuchführende Betriebe. Die Anwendung des ungeführten Grundsteuerkapitals als Ertragswert, wie sie von landwirtschaftlichen Sachverständigen, insbesondere von Landesökonomierat Bazlen in Stuttgart, in Nr. 38 des Wochenblatts für Landwirtschaft als geeignete Unterlage vorgeschlagen wird, ist, wie Hilligardt in einer Reihe von Beispielen nachweist, für unsern Bezirk so gut wie ausgeschlossen, einmal wegen der großen Verschiedenheit der einzelnen Steueransätze im Vergleich zum Verkaufswert, zum andern wegen der niedrigen Sätze selbst, denn es müßte der 35- bis 125fache Betrag des Steuerkapitals landwirtschaftlich benützter Grundstücke errechnet werden, um auch nur den Friedenswert der Grundstücke zu erreichen. Es zeigt sich, daß diese in den 80er Jahren des verfloffenen Jahrhunderts festgesetzten Grundsteuerkapitale veraltet sind und keinen Anhaltspunkt für die Berechnung des Ertragswertes bieten. Dies scheinen auch die oberen Steuerbehörden erkannt zu haben, gaben sie doch in letzter Stunde noch die Anregung, daß Normalsätze für den Ertrag der Grundstücke in den einzelnen Bezirken durch Sachverständige festgesetzt und Durchschnitts-

ertragsberechnungen vorgenommen werden sollen. Die Versammlung, der viele ländliche Ortsvorsteher anwohnten, war an sich, so sehr sie die dadurch eintretende Verzögerung bedauert, von den in Aussicht genommenen Maßnahmen befriedigt, und hofft so auf eine gerechte und tunlichst gleichmäßige Einschätzung des Ertragswertes der Grundstücke; sie war aber auch darüber einig, daß die Einstellung des Verkaufswertes in die Steuererklärung derjenigen des Ertragswertes entschieden vorzuziehen ist, schon im Hinblick auf § 18 Abs. 2 des Reichsnotopfergesetzes, der lautet: „Veräußert der Abgabepflichtige ein nach dem Ertragswert veranlagtes Grundstück vor dem 1. Januar 1930 und ist der Verkaufspreis um ein Viertel höher als der bei der Veranlagung der Vermögensabgabe angenommene Steuerwert, so ist der Abgabepflichtige für das Grundstück neu zu veranlagern. Der Steuerveranlagung ist als Wert des Grundstücks der Verkaufspreis abzüglich der nach dem 31. Dezember 1919 gemachten besonderen Aufwendungen zugrunde zu legen, jedoch nicht über den gemeinen Wert am 31. Dezember 1919 hinaus.“ Wer also damit rechnet oder rechnen muß, daß sein landwirtschaftliches Vermögen in absehbarer Zeit veräußert wird, der tut für alle Fälle gut daran, den Verkaufswert in die Steuererklärung einzufügen. Nachdem der Vorsitzende, Verwaltungsaktuar Staudenmeyer, seinen Kollegen Hilligardt für seinen gebiegenden Vortrag, an den sich eine längere Aussprache angeschlossen, sowie den anwesenden Gästen, Oberamtmann Götz und Finanzamtmann Elwert, für ihr Erscheinen gedankt hatte, ging die zahlreich besuchte Versammlung noch zur Besprechung einer Anzahl weiterer die Allgemeinheit weniger berührenden Gegenstände über.

Einführung der Genehmigungspflicht für den Kartoffelhandel.

Der „Staatsanz.“ schreibt: Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln hat schon jetzt recht unangenehme Folgen nach sich gezogen. Zwar haben die großen landwirtschaftlichen Organisationen des Landes vor Kurzem zur Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse einen Aufruf an die Landwirtschaft erlassen, in dem die Berufsgenossen u. a. aufgefordert wurden, sich für Kartoffeln mit einem Zentnerpreis von 20-24 M., je nach Güte, zu begnügen. Dieser Preis ist bei der heurigen, im allgemeinen recht befriedigenden Wirt. Kartoffelernte durchaus ausreichend. Wenn gleichwohl teilweise ein Erzeugerpreis von 30 M. und darüber verlangt wurde, so muß dies als übermäßige Preissteigerung bezeichnet werden. Ein Teil der Schuld hieran trifft mit die Verbraucher, die durch unfinnisches Ueberbieten die Preise in die Höhe treiben und vor allem zahlreiche wilde Händler, die sich früher niemals mit dem Kartoffelgeschäft befaßt haben, sich aber jetzt die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, den um seine Winterdeckung besorgten Verbraucher auszubeuten. Einem solchen Treiben, das auch den Ruf des Handels ernstlich schädigt, muß nach Möglichkeit entgegen gearbeitet werden. Die Landeskartoffelstelle erläßt daher eine Verfügung über den Verkehr mit Herbstkartoffeln. Hiernach unterliegt der Verkauf von Kartoffeln zum Zweck des Weiterverkaufs gewissen Beschränkungen. Der Großhändler wie seine Unterkäufer brauchen einen besonderen Erlaubnischein des Oberamts, Kleinhändler haben eine Bescheinigung mit sich zu führen, daß sie den Kartoffelhandel angemeldet haben. Es sollen durch diese Maßnahmen unzuverlässige Elemente und solche Personen, die sich bisher im Kartoffelhandel nicht betätigt haben und deren Auftreten erfahrungsgemäß preistreibend wirkt, vom Kartoffelhandel fern gehalten werden. Die Verfügung gilt vom 8. Oktober ab.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Herbstkartoffelpreise der vergangenen Woche bewegten sich im Anlauf beim Erzeuger zwischen 24-27 M., im Kleinverkehr zwischen 29-40 M., je der Zentner. Der Durchschnittspreis beim Erzeuger ist 25 M., im Kleinhandel 32 M.

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Die Störungen dauern an. Auch am Mittwoch und Donnerstag ist meist bedecktes, häufig regnerisches und kübles Wetter zu erwarten.

Der Weinherbst.

Laut „Weinbau“ muß sich, abgesehen von den begünstigten Gebieten an der Tauber, dem Kocher und in der Löwensteiner Gegend, die sicher mehr als einen halben Herbst bekommen, der Hauptteil des Landes mit Viertel- bis Achtelherbsten begnügen. Fast überall gibt es auch Glühherbste. Immerhin dürfte die heurige Gesamternte die vorjährige in der Menge nicht erreichen. Wenn die Trollinger schon Mitte September schwarz werden, dann ist das kein schlechtes Zeichen. Man hofft allgemein, daß der heurige recht wird. Das meiste ist schon verlost. Die vorzeitige Lese des Frühgewächses im Zabergäu und in der Lauffener Gegend am 20. Sept. bezeichnet der „Weinbau“ unter Hinweis auf den sofortigen Anschluß der allgemeinen Lese als Unfug und knüpft an seinen Sep-

temberbericht die Warnung an die Weingärtner, im Preisfordern den Bogen nicht zu überspannen.

Die Spaltung der U. S. P. Württembergs.

(S. B.) Stuttgart, 4. Okt. Wie schon berichtet, kam es auf der Landesversammlung der U. S. P. in Cannstatt zu einer Spaltung der U. S. P. Württembergs. Es wurde dort dem Landesvorstand gegen nur 10 Stimmen das stärkste Mißtrauen ausgesprochen und ein neuer Landesvorstand berufen. Das veranlaßte die Minderheit von 45 Delegierten und 18 Gästen, darunter Mitglieder der Preis- und Kontrollkommission sowie Abgeordnete des Land- und Reichstags, unter Führung des Abg. Crispian den Saal zu verlassen. Die Mehrheit tagte jedoch weiter und gab eine Erklärung ab, daß sich die Minderheit den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen habe, weil es nur dadurch möglich sei, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die vom Parteitag den Anschluß an die Dritte Internationale verlangt.

*

Stammheim, 4. Okt. Die Kriegerdenkmalsfrage an hiesigem Orte hat durch die am letzten Sonntag abgehaltene zweite Ausschusssitzung eine weitere Förderung erhalten. Nachdem in der ersten Sitzung, welcher Herr Architekt Mäkle aus Calw persönlich anwohnte, die Platzfrage und die Art des Denkmals eingehend besprochen wurde, fand in der heutigen Sitzung die Ausfertigung des Entwurfs statt, zu welcher auch der Gemeinderat zugezogen wurde. Der Entwurf befriedigte allgemein. Das Denkmal ist als acht-eckige Rotunde gedacht; ein ebenfalls acht-eckiger Quader im Innern derselben wird die Namen der 65 Gefallenen und Vermissten tragen. Das Ganze soll in der südöstlichen Ecke des Friedhofs errichtet werden und würde in dieser Ausführung ein schönes dauerndes Denkmal für unsern Ort und eine bleibende Erinnerung für die Angehörigen der gefallenen und vermissten Helden sein. Die Kosten belaufen sich auf 28 000 Mark.

(S. B.) Nagold, 3. Okt. Unter dem Vorsitz des Gewerbevereinsvorsitzenden Wohlbold fand im Saale des Gasthauses zur Traube eine Versammlung der Handels- und Gewerbetreibenden statt. Abg. Hiller-Stuttgart hielt einen Vortrag über „Die Lage des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes und die Ziele der Rabattparvereinsbewegung.“ An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Besprechung ein. Es wurde beschlossen, einen „Kleinhändler-Verband“ für den Bezirk Nagold zu errichten. Den provisorischen Vorsitz übernahm Walter Schmid, Kaufmann in Nagold. Weiterhin erfolgte die Gründung des Rabattparvereins Nagold.

(S. B.) Hofsteden, D. A. Nagold, 2. Okt. Briefträger Bäuerle war in der Mofsterei beschäftigt. Aus unbekannter Ursache stürzte der Schuppen der Mofsterei zusammen und begrub Bäuerle unter den Trümmern. Mit Hilfe einiger Nachbarn wurde er geborgen und ins Krankenhaus nach Nagold verbracht. Er hat schwere Verletzungen erlitten, u. a. auch den Bruch der Wirbelsäule.

(S. B.) Neulingen, 3. Okt. Der Gemeinderat der Stadt Neulingen hat einstimmig beschlossen, an das Landesfinanzamt mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, die Finanzämter anzuweisen, von den jetzt eingehenden Zahlungen an Reichseinkommensteuer unmittelbare und sofortige Lieferungen an die Städte wenigstens bis zur Höhe der vorjährigen Gemeindeeinkommensteuer zu leisten.

(S. B.) Tuttlingen, 3. Okt. Die Arbeiter der Schuhindustrie bemühen sich um eine Lohnerhöhung. Diese wurde von den Fabrikanten abgelehnt, desgleichen die Gewährung einer Herbstzulage. Da die Fabrikanten nur auf Einführung der Akkordarbeit verhandeln wollen, hielt die Arbeiterchaft in der Turnhalle eine Versammlung ab. Von 1800 Stimmen waren nur 29 für Akkordarbeit. Im übrigen will die Arbeiterchaft an ihren Forderungen festhalten und auch vor einem Kampf nicht zurückschrecken.

(S. B.) Laupheim, 3. Okt. Die Maurerarbeiten für die zu erbauenden 10 Arbeiterwohnhäuser sind vergeben. Bereits ist mit Bauen begonnen worden. Die Genossenschaft steht wegen eines Gemeindef, bezw. Staatsbeitrags in Unterhandlungen. Sie rechnet noch auf wesentlich mehr Mitglieder, wenn das Werk gelingen soll.

(S. B.) Ravensburg, 3. Okt. Von den anlässlich der Vorkommnisse beim letzten Streik von der Maschinenfabrik Göhr, Wöh u. Cie. ausgesperrten 6 Arbeitern haben drei Arbeiter fristgemäß den besonderen Schlichtungsausschuß Stuttgart angerufen, der in der gestrigen Verhandlung 2 Mann in ihren Ansprüchen durchaus abgewiesen und dem dritten an Stelle der Wiedereinstellung die Abfindungssumme von 1100 Mark zugesprochen hat.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Bschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Infolge der zu erwartenden Preissteigerungen

habe ich mir rechtzeitig große Mengen

Web-, Wirk- und Strickwaren

gesichert, die teils schon am Lager sind, teils in nächster Zeit eintreffen werden. — Ich bin daher in der Lage, bis auf weiteres zu sehr vorteilhaften Preisen zu verkaufen und empfehle jedermann, seinen Bedarf jetzt zu decken.

Paul Räuchle, vorm. J. Steudle, Calw am Markt.

Schuh- und Wäsche-Verkauf

der freien Gewerkschaften Pforzheim,
Klostermühlstraße 1.

Neu eingetroffen:

Ein großer Posten Kinder - Anzüge (Leibhosen) wollgemischt, in verschiedenen Größen.

Nur prima Herren-, Damen- und Kinder - Schuhe in allen Ausführungen.

Große Auswahl in Herren- und Damen-Hemden, Unterhosen, Unterjacken verschiedenster Art.

Prima Kammgarnswear für Kinder, Weiche Sport-Kragen, Herren-, Damen- und Kinderstrümpfe.

Prima deutsche Kernseife, das Doppelstück 6 Mark, Deutsche Konkurrenzseife, das 100 Gramm Stück 3.80 Mk., Lanolinseife, das 100 Gramm Stück 4 Mk., Seifenpulver, das 1/2 Pfund Paket 1.90 Mk.

Reichhaltiges Lager in Arbeitshosen aus englisch Leder und Zwirn, in Herrenanzug- und Damenkostümstoffen, Wäschetuchen, Schürzenzeugen, Flanellen u. Velours aller Art. Damast und Satin, Bettkattunen u. Zeuglen.

Täglich Eingang von Neuheiten.

Unser Verkauf ist geöffnet: täglich von vormittags 9—1 Uhr, Mittwoch und Samstag von 8—1 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Pforzheim.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Pforzheim.

Heinrich Bösling

Wollspinnerei, Weberei u. Strickerei
Kihingen a. Main

Durch bedeutende Vergrößerung meines Betriebes bin ich in der Lage jederzeit

Wolle zum Spinnen, Weben, sowie

Anfertigung v. Strickwaren aller Art entgegenzunehmen.

Lieferung in Garn innerhalb 3 Tagen, in Tuchen sowie Strickwaren in ca. 14 Tagen. Für reelle und gute Bedienung wird garantiert. Verkäufe auch garantiert

reinwollenes Strickgarn in weiß, grau u. naturbraun zu Mk. 80.— pro Pfd.

Auf 15. Oktober oder später wird ein fleißiges

Mädchen für Küche- und Zimmerarbeit gesucht.

Neue Handelsschule Calw.

Ein tüchtiger Knecht für Landwirtschaft kann sofort eintreten.

Eugen Stog, Hirsau

Ihr Most verdirbt, wenn Sie ihm nicht

Huthsteiners Carolin zusehen.

Alleinverkauf: Ritterdrogerie Calw.

Wohnungs-Tausch.

Kleine 3 Zimmer-Wohnung

geg. größere 3 od. 4 Zimmer-Wohnung samt Küche und Zubehör zu vertauschen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ein noch gut erhaltenes

Fahrrad, sowie einen

Bügelofen mit Stählen hat zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kurzgefäugtes, trockenes

Brennholz in Fuhren zu Mk. 70.— kann sofort geliefert werden

L. Rürcher, Sägewerk Hirsau.

Drucksachen

liefert rasch u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

Nächste Fickungssitzung!

Ueberlinger Lose Mk. 3.60 am 7. Oktober,

Eisenacher Lose Mk. 1.20 am 7. Oktober,

Wohlfühlkeits-Lose Mk. 1.10 am 14. Oktober,

Tuttlinger Lose Mk. 2.20 am 27. Oktober,

bei Friseur Winz, Marktplatz.

Ehe Sie einen Rauchtafeln kaufen

verlangen Sie Prospekt von

Gebr. Dongus, Deckenpfronn.

Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit

überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Ein leerstehendes, möglichst heizbares

Zimmer wird von einem Herrn zu mieten

gesucht.

Angebote unter B. 2007 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ortsausschuß Calw des Allg. D. G.-B.

Schuhverkauf morgen Mittwoch von 4 1/2 Uhr ab im Lokal Bischoffstraße 473.

Herrentiefel, Größe 41—46, Preis 150—190 Mk.
Damentiefel, Größe 38—41, Preis 90—165 Mk.
Kindertiefel, Größe 22, 30—33, Preis 40—115 Mk.

Mit diesem Verkauf, der nur für Freiorganisierte ist, schließen wir die Schuhabgabe. In Anbetracht der Preissteigerung in Schuhwaren ist die Benützung des Verkaufs dringend zu raten. Für noch nicht abgeholte bestellte Schuhwaren werden morgen Abend die Quittungen eingelöst.

Tanzinstitut A. Trautmann

Meinen Schülern zur Kenntnisnahme, daß

morgen Mittwoch, 6. Oktober, abends 8 Uhr im „Badischen Hof“

die erste Stunde beginnt.

Mache besonders auf den neuesten Slinganz aufmerkamt. Weitere Anmeldungen werden im „Bad. Hof“ entgegengenommen.

Schriftliche Anmeldungen in Pforzheim, Schloßberg 19 III und Karlsruhe i. B., Kapellenstr. 16.

Zur Ausführung

elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

auch für Städtische Arbeiten zugelassen

empfiehlt sich

Abolf Braun, Biergasse Nr. 128,

Installations-Geschäft.

Verlaufen

hat sich mein Hühnerhund,

schön getigert, „Feldmann“ am letzten Donnerstag ab meinem Sägewerk in Deufringen. Sachdienliche Mitteilungen die zur Wiedererlangung dienen, evtl. gegen Belohnung erbitte an

Niebling, Sägewerk, Deufringen, Telefon Nidlingen 1.

4 halbgewachsene Hasen samt Häfin

sind zu verkaufen, Preis 130 Mk. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

15 junge Enten

zu verkaufen

Kaffee Wuester.

Umarbeiten von

Samt, Seide u. s. w.

Hüten auf neue Formen

Ge-tragene Herren-zylinder werden zu modernen Damenhüten umgearbeitet.

Eine Bissoirschale

und ein

Trockencloset

ist zu verkaufen — wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß

ab morgen Dienstag, den 5. Oktober

Boll-Bier

(hell und dunkel)

zum Versand und Ausschank kommt

Gottlob Weiß, Bierdepot

der Brauerei Marquardt, Tübingen.

Neu eingetroffen, nur gute Ware, schöne

Ueberzieher, Ulster, Bozner Loden-Joppen, Herrenanzüge in einfacher wie modernster Façon

Burschen-, Knaben- u. Kinderanzüge, schön gestreift, blaue Arbeits-

Stoffhosen, und in Sport, gute Arbeitshosen (Zeug und Englischleder)

dasselbe auch in Stückware, schönes Lager in Anzug-Stoffen, auch Musterkarte steht wieder zur Verfügung.

Alles in äusserst billiger Preislage.

Friedr. Wetzel, Kleidergeschäft, Calw Badstrasse.

Ab Mittwoch, den 6. ds. Mts. steht

in meiner Stallung im „Hasen“

in Herrenberg

ein frischer Transport

junge, erstklassige, belgische

Pferde,

darunter eine 2 1/2 jährige

Zuchtstute

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tausch-

liebhaber freundlichst einladen.

Pferdehändler David & Löwenstein.

Telefon Nr. 10.

Oberreichenbach.

Verkaufe am Mittwoch, den 6. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr bei der Fabrik:

Zwei neue Schränke

(ein eigener mit 2 Schubladen und ein tannener mit 1 Schublade).

Christian Reutschler.

Konfirmanden-Anzüge

ganz vorteilhafte Qualitäten kommen von heute ab zu folgenden Preisen zum Verkauf:

300.—, 250.—, 195.— und 150.— M.

Fabrikniederlage Heinrich Krakmüller, Pforzheim

Leopoldstraße 7 a, 1 Treppe.